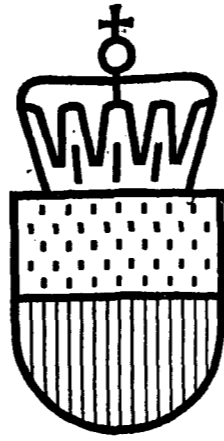


# Liechtensteiner Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan



des Fürstentums Liechtenstein

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 18.—, halbjährlich Fr. 9.50, vierteljährlich Fr. 4.80. Ausland jährlich Fr. 36.—, halbjährlich Fr. 18.—, Postamtlich bestellt: jährlich Fr. 33.—, halbjährlich Fr. 16.50. Bestellungen nehmen entgegen: Die Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Vaduz, Telefon 075/22143, Postcheckkonto IX 2988 SG. Redaktion: Vaduz, Telefon 075/21394. Druck: Buchdruckerei Gutenberg, Schaan FL.

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame  
Inland 9 Rp. 23 Rp.  
Angrenzendes Rheintal, Sargans bis Sennwald 11 Rp. 25 Rp.  
Schweiz 12 Rp. 27 Rp.  
Uebrigtes Ausland 14 Rp. 31 Rp.

Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 22143. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, St. Gallen, Telefon 071/222626 und übrige Zweiggeschäfte.

Mittwoch, 14. März 1962

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

96. Jahrgang — Nr. 41

## Programmpunkt Nr. 1: Noch vermehrter Familienschutz

Erhöhung der Bausubvention pro Kind von 500 auf 1000 Franken und deren Anrechnung als Bestandteil der Eigenmittel. Bildung eines Fonds zur Baugrundverbilligung für Eigenheime. Erhöhung des zinslosen Darlehens für Eigenheime um 20%, bei Erstellung von Reihengebäuden oder bei Bauplatzgrösse von nicht mehr als 150 Klaftern. Aufhebung der Grundbuchtaxen für Intabulationen und Umschriften. Neuregelung der Landessubvention an die Krankenkassen unter besonderer Berücksichtigung des Versicherungsschutzes für unsere Mütter. Erhöhung der Geburtenzulage von 100 auf 200 Franken. Bau eines Kinder- und Müttererholungsheimes.

Wie dem gestern publizierten Arbeitsprogramm entnommen werden kann, betrachtet es die Fortschrittliche Bürgerpartei weiterhin als ihre Hauptaufgabe, für die Gesunderhaltung unserer Familien als Kernzellen des Staates weitgehendst zu sorgen. In Wahrung dieses Prinzips hat die Fortschrittliche Bürgerpartei die Interessen der Familie wieder an die erste Stelle ihres Arbeitsprogrammes gestellt und Massnahmen ins Auge gefasst, die ihr in der Zukunft als notwendig erscheinen. In erster Linie betrachtet es die Fortschrittliche Bürgerpartei als wichtig, die vor vier Jahren eingeleitete Wohnungspolitik im Sinne der Eigenheimsförderung noch weiter auszubauen und diese den veränderten Zeitverhältnissen anzupassen. Dabei liess sie sich vom Grundgedanken «Eigenheim für jeden» leiten, d. h. sie ging vom Standpunkt aus, dass der Gedanke des Eigenheims noch auf eine breitere Basis gestellt werden muss, um schliesslich allen die Türen zu einem eigenen Hause zu öffnen, die sich darum bemühen. Mit der Erhöhung der Bausubvention pro Kind von 500 auf 1000 Fr. und deren Anrechnung als Bestandteil der Eigenmittel und der Bildung eines Fonds zur Baugrundverbilligung für Eigenheime wollte die Fortschrittliche Bürgerpartei diesem Ziel noch näher kommen, als bisher. Diese Erhöhung der Bausubvention fällt dort ins Gewicht, wo eine Familie mit grösserer Kinderzahl und bescheidenen Einkommen die Eigenmittel nur auf lange Sicht gesehen, ersparen kann. Diesen Familien zu helfen betrachten wir als besondere Verpflichtung, nachdem wir wissen, dass ihre Unterbringung in Wohnungen immer mehr auf Schwierigkeiten stösst. Durch die beschlossenen Erleichterungen dürfte für manche Familie in unserem Lande das Ziel zu einem

Eigenheim zu kommen bedeutend näher gerückt sein. Das ganze Problem mit dem sog. Sozialen Wohnungsbau lösen zu wollen, wurde von uns deshalb verworfen, weil dies zweierlei Recht geschaffen hätte, aber noch mehr, weil wir nicht zusehen wollten, dass auch bei uns die Unterkunftsfrage für Familien auf diese Weise gelöst wird, insbesondere dann, wenn wir mit den vorhandenen Bodenreserven sparsamer umgehen, als bisher. Aus dieser Erkenntnis heraus hat die Fortschrittliche Bürgerpartei in ihr Arbeitsprogramm folgenden Punkt aufgenommen, dem heute und in der Zukunft wesentliche Bedeutung zukommt: Erhöhung des zinslosen Darlehens für Eigenheime um 20% bei Erstellung von Reihengebäuden, oder bei Bauplätzen von nicht mehr als 150 Klaftern. Mit diesem Programmpunkt möchte die Fortschrittliche Bürgerpartei erreichen, dass künftig mit den Baugründen haushälterischer umgegangen wird und insbesondere die Reihengebäude fördern. Diese Notwendigkeit wird heute wohl jedem Interessenten für ein Eigenheim klar werden, wenn er sich vom Gedanken leiten lässt, dass auch unsere kommende Generation noch Bauplätze für ein Eigenheim haben soll. Dass bei den sog. Reihengebäuden durch rationelle Bauweise Baukosteneinsparungen möglich sind, wird jeder Baufachmann bestätigen.

Wir müssen heute den Mut haben, das Richtige zu tun. Statt Mietkasernen zu bauen, die der Staat durch grossen Einsatz von Mitteln zu verbilligen hätte, soll er diese Mittel zur Förderung von Eigenheimen verwenden und dahingehend wirken, dass nach modernen Planungsgrundsätzen gebaut wird und dass insbesondere mit dem Baugrund sparsam umgegangen wird. Nur auf diese Weise kann dem

Wunsch unseres Volkes Rechnung getragen werden, jeder Familie zu einer eigenen Haustüre zu verhelfen.

Eine weitere Entlastung für die Familien soll durch die Aufhebung der Grundbuchtaxen beim Bau von Eigenheimen mit staatlicher Subvention eintreten. Diese Sonderbehandlung rechtfertigt sich wohl, wenn man bedenkt, dass diese Taxen doch Beträge erreichen, die für einen Familienvater mit bescheidenem Einkommen ins Gewicht fallen.

### Krankenversicherung

Als weiteren Programmpunkt im Zeichen des Familienschutzes strebt die Fortschrittliche Bürgerpartei den vermehrten Versicherungsschutz für die Mütter unserer Familien an. Gleichzeitig soll die Landessubvention an die Krankenkassen nach neuen Grundsätzen ausgeschüttet werden. Der vermehrte Versicherungsschutz für unsere Mütter ist notwendig und damit soll eine bestehende Lücke in unserer Sozialversicherung geschlossen werden. Ueberall dort, wo Mütter krank sind, hält die Not in die Familien Einzug. Durch entsprechende Massnahmen soll wenigstens die materielle Not gemildert und damit der Familie wirksam geholfen werden.

### Familienausgleichskasse

Durch die Erhöhung der Geburtenzulage von 100 Fr. auf 200 Fr. soll für unsere Familien vermehrte Hilfe zu einem Zeitpunkt eintreten, da sie durch Neuanschaffungen und vermehrte Auslagen besonders belastet wird. Vom Standpunkte ausgehend, dass der Familie dann geholfen werden soll, wenn sie dieser Hilfe um-

gehend bedarf, hat sich die Fortschrittliche Bürgerpartei entschlossen, diesen Punkt auf ihr Tätigkeitsprogramm zu setzen.

### Erholungsheime

Schon seit längerer Zeit wurde in Kreisen unserer Frauen und Mütter der Ruf nach einem landeseigenen Kinder- und Müttererholungsheim laut. Dieser Wunsch ist begreiflich, wenn man bedenkt, dass vor allem unsere Mütter keine Gelegenheit haben, im Lande selbst in einem eigentlichen Erholungsheim Aufenthalt zu nehmen. Der Bau eines Müttererholungsheimes entspricht daher einem wirklichen Bedürfnis und auch ein Kindererholungsheim, in welchem das ganze Jahr über erholungsbedürftige Kinder Aufenthalt nehmen können, drängt sich auf. Die Erfahrungen mit der vom Liechtensteinischen Caritasverein schon seit Jahren geführten Sommerferienkolonie Silum haben gezeigt, dass Erholungsaufenthalte für Kinder von grossem Nutzen sind und die Volksgesundheit fördern. Mit dem Bau eines über das ganze Jahr geöffneten Kinderheimes soll die Möglichkeit geschaffen werden jenen Kindern einen Erholungsaufenthalt zu sichern, die nach überstandener Krankheit, oder infolge schwächerer Veranlagung einer besonderen Kur ausserhalb der Familien bedürfen. Durch den Bau eines Mütter- und Kinderheimes könnte in der Zukunft für die Gesundheit unseres Volkes ein weiterer Schritt getan werden. Aus dieser Erkenntnis heraus hat die Fortschrittliche Bürgerpartei den Bau eines Kinder- und Müttererholungsheimes auf ihr Arbeitsprogramm gesetzt und sie betrachtet die Erfüllung dieses Programmpunktes als vordringlich.

**Die Fortschrittliche Bürgerpartei hat den Schutz der Familien erneut an die Spitze ihres Arbeitsprogrammes gestellt. In Wahrung der Interessen und der Gesunderhaltung unserer Familien hat sie die dringendsten Probleme aufgezeigt, die einer Lösung harren.**